

DANKE!

Danke allen unseren Wählerinnen und Wählern,
Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern,
Unterstützerinnen und Unterstützern.
100% sozial, auch nach der Wahl!

DIE LINKE.

34 FRAUEN UND 30 MÄNNER unsere neue linksfraktion

Jan van Aken (Hamburg); Agnes Alpers (Bremen), Dietmar Bartsch (MV), Herbert Behrens (Niedersachsen), Karin Binder (BW), Matthias B. Birkwald (NRW), Heidrun Bluhm (MV), Christine Buchholz (Hessen), Eva Bulling-Schröter (Bayern), Roland Claus (Sachsen-Anhalt), Sevim Dagdelen (NRW), Diether Dehm (Niedersachsen), Klaus Ernst (Bayern), Wolfgang Gehrcke (Hessen), Nicole Gohlke (Bayern), Diana Golze (Brandenburg), Annette Groth (BW), Gregor Gysi (Berlin), Heike Hänsel (BW), André Hahn (Sachsen), Rosemarie Hein (Sachsen-Anhalt), Inge Höger (NRW), Andrej hunko ((NRW), Sigrid Hupach (Thüringen), Ulla Jelpke (NRW), Susanna Karawanskij (Sachsen), Kerstin Kassner (MV), Katja Kipping (Sachsen), Jan Korte (Sachsen-Anhalt), Jutta Krellmann (Niedersachsen), Katrin Kunert (Sachsen-Anhalt), Caren Lay (Sachsen), Sabine Leidig (Hessen), Ralph Lenkert (Thüringen), Michael Leutert (Sachsen), Stefan Liebich (Berlin), Gesine Löttsch (Berlin), Thomas Lutze (Saarland), Cornelia Möhring (SH), Niema Movassat (NRW), Alexander Neu (NRW), Thomas Nord (Brandenburg), Petra Pau (Berlin), Harald Petzold (Brandenburg), Richard Pitterle (BW), Martina Renner (Thüringen), Michael Schlecht (BW), Petra Sitte (Sachsen-Anhalt), Kersten Steinke (Thüringen), Kirsten Tackmann (Brandenburg), Azize Tank (Berlin), Frank Tempel (Thüringen), Axel Troost (Sachsen), Alexander Ulrich (RP), Kathrin Vogler (NRW), Sahra Wagenknecht (NRW), Halina Wawzyniak (Berlin), Harald Weinberg (Bayern), Katrin Werner (RP), Birgit Wöllert (Brandenburg), Jörn Wunderlich (Sachsen), Hubertus Zdebel (NRW), Pia-Beate Zimmermann (Niedersachsen), Sabine Zimmermann (Sachsen)

100% SOZIAL

aus dem Inhalt:	Go Left! - Linksjugend im Wahlkampf.....	Seite 2
	Sommer, Sonne, Sommerfeste.....	Seite 3
	Erhalten Jobcenterchefs Prämien.....	Seite 4
	Modern aber Arm	Seite 5

DIE LINKE.



DIE LINKE KOCHTS HOCH - KOCHSHOW VOLLER ERFOLG

Am Montag, den 16.09.2013 fand am Plauer Nonnenturm eine Kochshow der besonderen Art statt. Aus Dresden kam der Landes- und Fraktionsvorsitzender der LINKEN Rico Gebhardt mit einer mobilen Küche, um zusammen mit der vogtländischen Bundestagskandidatin Janina Pfau eine leckere Kartoffelsuppe für die Vogtländer zu kochen.

Trotz, oder gerade wegen, dem nasskalten Wetter waren viele Bürgerinnen und Bürger erfreut, dass sie kostenlos die leckere Suppe auslöffeln konnten, die DIE LINKE eingerührt hat.

Bei den Gästen und den Köchen kam keine Langeweile auf, da Janina Pfau und Rico Gebhardt auch während der Zubereitung mit Bürgerinnen und Bürgern über Probleme, Fragen und das Leben im Vogtland plauderten.

Beim Essen sorgte dann das essbare Geschirr sowie die biologisch abbaubaren Holzlöffel für viel Spaß.

GO LEFT!

Die Linksjugend [solid] Vogtland im Wahlkampf.

Der Wahlkampf ist (zum Glück) vorbei und die Koalitionsspekulationen beginnen schon. 8,7% für die LINKE und FDP und AfD schafften es zum Glück nicht in den Bundestag. Doch neben dem Fakt, dass wir nun auch drittstärkste(!) Partei im Bundestag sind gibt es noch andere erfreulich Dinge zu vermelden.

Die Linksjugend [solid] im Vogtland erlebt dank dem Wahlkampf ein „Comeback“. Durch Aktionen, wie ein Transparent zu malen oder einfach den Wahlkampf im Vogtland zu Infoständen, Festen oder Diskussionen unterstützen, konnten neue interessierte junge Leute gewonnen werden, die ab und zu vorbeischaute und vor allem auch aktiv mitmachen wollten. Im Allgemeinen beteiligten wir uns auch durch Stecken von Zeitungen, dem Plakatieren oder bei Flugblatt-Aktionen.

Unterstützung erhielten wir im Jugend-

wahlkampf vor allem durch die bundesweite Kampagne „If nothing goes right, GO LEFT!“ durch neues Infomaterial, welches durchaus gut ankam. Aber auch durch den 28.08.2013, als die „linksjugend [solid] sachsen“ mit ihrer Sommertour in Plauen Halt machte, erreichten wir einige Jugendliche. Mit einem schicken linken Infostand und gelassener Elektromusik am Nonnenturm konnten wir mehr junge Leu-



te aber auch mehr ältere Menschen an unseren Stand holen als die FDP, die zur selben Zeit mit einem Stand in Plauen war. Einige waren sogar sehr an unseren Forderungen interessiert und es entstanden viele gute Gespräche mit Passanten.

Die Erfahrungen der letzten Wochen bestätigen, dass wir definitiv keine Alterherrenpartei mehr sind, sondern eine Partei mit immer mehr jungen Mitglieder bzw. auch jungen Linken, die sich parteiunabhängig in der „linksjugend [solid]“ engagieren. Darauf müssen wir aufbauen. Und vor allem in der Provinz ist es wichtig eine linke Jugend aufrecht zu erhalten, sodass nicht nur in der Großstadt eine Jugendgruppe für linke Politik wirbt.

Paul Gruber - Plauen

SONNE, SPAß UND SOMMERFESTE

Unser diesjähriges Sommerfest der Linken Vogtland fand in Falkenstein statt. In dem ansprechenden Ambiente des ehemaligen Freibades war schnell ein geeigneter Ort gefunden. Bei sonnigen Wetter, wurde schon am frühen Morgen alles aufgebaut und vorbereitet für die Gäste, welche an diesem Tag zahlreich kamen. Es gab Infostände der Linksjugend und unserer Direktkandidatin Janina Pfau, einen Marmeladenverkostungsstand, aber auch der Bücherbasar durfte nicht fehlen. Für das leibliche Wohl an diesem Tag sorgte die Volksküche des Schuldenbergs und das Catering vom Ratskeller Falkenstein. Auch für Unterhaltung war durch den DJ André Schatz und unseren jüngsten Mitglied Paul Thorsten gesorgt, welcher mit seiner Gitarre live spielte und sang. Rund 350 Menschen besuchten uns bei unseren Sommerfest und lauschten Kerstin Lauterbach bei ihrer Gesprächsrunde über die Gesundheitspolitik im Freistaat und hörten interessante „Geschichten aus dem Leben einer Gemeindegewesener“. Auch der vermeintliche Höhepunkt der Veranstaltung der Besuch unserer Bundesvorsitzenden Katja Kipping am Nachmittag, welche sich den Fragen unseres Moderators Daniel Bache stellte war nochmal ein Publikumsmagnet. Aber das wirkliche Highlight des Sommerfestes war die Tanzgruppe „Gutes Herz“ aus Tschechien. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Sinti und Roma, welche von einem ehemaligen Balletttänzer der russischen Staatsooper trainiert wird. Mit ihren Darbietungen von unter anderen Michael Jackson

tanzten sich die Kinder und Jugendlichen in das Herz jedes Besuchers.

Abschließend kann man bilanzieren das das Sommerfest ein Erfolg auf ganzer Linie war. Ein Dank an alle Beteiligten dieser Veranstaltung und ein besonderer Dank an Rolf Steiniger, welcher die ganze Vororganisation des Geländes übernahm.

Eine Woche später fand noch ein Straßenfest der Stadtverbandes Plauen auf der Bahnhofsstraßenin Plauen vor unserer Geschäftsstelle statt. Trotz dem Plauer Herbst in der Innenstadt war die Veranstaltung gut gelaufen. Besonders ist hier die Popcornmaschine zu nennen, da sie kurzweilig Menschen an unsere Veranstaltung bindete. Ein Dank geht auch hier an die Organisatoren.

André Hegel - Plauen



Katja Kipping, Janina Pfau mit Mitglieder der Linksjugend

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL!

Augenmerk schon heute auf 2014 richten.

Die Bundestagswahl ist schon wieder Geschichte. Unser aller Augenmerk sollte sich schon heute auf das Jahr 2014 richten.

Für den 25. Mai 2014 sind die Europawahlen angesetzt und zum gleichen Zeitpunkt Kommunalwahlen in Sachsen. Das heißt, es beginnt sofort die heiße Phase für die Gewinnung von Kandidaten und Ersatzkandidaten für den vogtländischen Kreistag, die Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte.

Der erste Schritt sind die Gespräche zur Gewinnung geeigneter Personen für die Kandidatur. Der schnell notwendige zweite Schritt ist die Einbeziehung der Kandidaten in unsere Parteiarbeit. Die Leitungsgremien müssen ihnen Hilfe und Unterstützung geben, sie vorbereiten und für den Wahlkampf bekannt machen. Nicht zuletzt sollten unsere Kandidaten, ggf. als Gast, an Sitzungen der jeweiligen Kommunalvertretung teilnehmen.

Es bleibt uns nicht viel Zeit zum Luft holen, wir müssen gleich weiter machen.

Dem nicht genug, für Ende August 2014 sind die Wahlen zum Sächsischen Landtag angekündigt.

Martin Meilach - Ellefeld

ERHALTEN JOBCENTERCHEFS PRÄMIEN?

Die BZ (Berliner Zeitung) hatte durch Recherchen festgestellt, dass Berliner Jobcenterchefs bis zu 4.000 € Prämien erhalten, wenn sie sogenannte Zielvereinbarungen zu 100% oder darüber erfüllen, bei Erfüllung von 98 % wären es Prämien von immerhin 2088,38 € (Quelle: Homepage "gegen-hartz" vom 13.09.2013).

§ 48b SGB II schreibt vor, dass zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem kommunalen Träger (bei uns dem Landratsamt des Vogtlandkreises) einerseits und der Geschäftsführung des Jobcenters andererseits jährlich "Zielvereinbarungen" abzuschließen sind. Einen Teil dieser Ziele gibt das SGB II vor:

Verringerung der Hilfebedürftigkeit, Verbesserung der Integration in Erwerbsarbeit, Vermeidung von langfristige Leistungsbezug, Verbesserung der sozialen Teilhabe.

Gemessen wird die Zielerreichung an Kennzahlen, und zwar an Prozentpunkten und Geldbeträgen, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales jährlich festlegt.

Einige Kommunen haben ihre Zielvereinbarungen ins Internet gestellt, der Vogtlandkreis nicht. Deshalb hier einige Informationen zur Zielvereinbarung der kreisfreien Stadt Leipzig.

Zur sozialen Teilhabe gibt es keine Zielstellung. Neben den drei anderen vorgegebenen Zielen werden angegeben: Erfolgreicher Berufseinstieg aller Kundinnen und Kunden und Verbesserung der Prozessqualität.

Das klingt zwar nicht schlecht, Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele werden aber nicht genannt, nur Geldbeträge, die nicht überschritten werden sollen. Natürlich spart das Jobcenter Geld, wenn "Kunden" in Arbeit vermittelt werden. Aber Geld kann auch durch fehlerhafte Bescheide gespart werden, wenn den Betroffenen zu wenig gezahlt wird. Eine Zielstellung für das Jobcenter "rechtskonforme Bescheide" oder "Bescheide, die nicht durch Gerichte angefochten werden" suchen wir nämlich vergeblich in den Vorgaben des SGB II und des Bun-

desministeriums sowie in der Leipziger Zielvereinbarung. Aber gerade Rechtsanwalts- und Gerichtskosten bei Klagen - die bekanntlich zu einem Großteil zugunsten der Klagenden entschieden werden - kosten den Steuerzahlern, nicht den Jobcentern, enorm viel Geld.

Auch mit Sanktionierungen können die Jobcenter ihre Ausgaben reduzieren. Erhöhen Sanktionen die Prämien der Jobcenterchefs?

Interessant sind in der Leipziger Zielvereinbarung außerdem die kommunalen Zielstellungen. Hierfür gibt es keine zentralen Vorgaben, die kommunalen Träger, also die Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte, legen diese Ziele eigenverantwortlich fest.

Kommunales Ziel Nr. 1 für Leipzig: "Höhe der Leistungen für Unterkunft und Heizung (LUH) so gering wie möglich halten". Natürlich wäre dieses Ziel durch erfolgreiche Integration in Erwerbstätigkeit erreichbar. Allerdings erfolgt ein Großteil der Vermittlung lediglich in prekäre Beschäftigung, und das Einkommen der Betroffenen wird zunächst von deren Regelleistung abgezogen, so dass der Bund spart, die Kommune aber meist weiter Miete und Heizung zahlen muss. Die Kommune kann aber auch anders an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sparen: durch rechtswidrig niedrige Richtwerte für die Kosten der Unterkunft! Die Höhe der Richtwerte bestimmen die Kreise und kreisfreien Städte selbst, nämlich durch Ableitung aus Mietwerterhebungen, die sie in Auftrag geben und die die Kreis- und Stadträte beschließen müssen. Hoffen wir, dass die Volksvertreter ihrer Aufgabe, die Vorlagen der Verwaltungen kritisch zu analysieren und Korrekturen durchzusetzen, gerecht werden!

Unsere Kreistagsfraktion wird die Vorlage der Zielvereinbarung des Vogtlandkreises fordern und Fragen dazu erarbeiten.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

AUS DEM STADTRAT PLAUEN

Ende Juli trafen sich Vertreter der Bürgerinitiative „Abwasser – das Original“ und der Stadtratsfraktion Plauen zu einer Gesprächsrunde.

Vorausgegangen war ein Brief der BI an alle Stadträte mit der Bitte, sich mit dem Anliegen der betroffenen Bürger auseinanderzusetzen und mit ihnen in Verbindung zu treten. In der Gesprächsrunde wurde deutlich, welche Erwartungen die BI an die Plauener Stadträte hat, da die Abwasserproblematik in den eingemeindeten Ortschaften vor allem eine Rolle spielt.

Frau Kiener von der BI war besonders vom Verhalten des Oberbürgermeisters als Verbandsvorsitzender der ZWAV sehr enttäuscht. So bemängelte sie, dass keine zusätzlichen Mittel zur Unterstützung der betroffenen Bürger im Land beantragt wurden oder dass es keine klaren Aussagen darüber gibt, wie die weitere Nutzung bestehender Klärgruben erfolgt, mit Werten die der Norm entsprechen. Aufgrund der Fakten und Fragen die uns dargelegt wurden, stellte unsere Fraktion den Antrag, dass der Oberbürgermeister zur nächsten Stadtratsitzung zu dieser Problematik Stellung bezieht. Dieser Antrag wurde auch angenommen.

Fazit: Es lohnt sich schon die Mühe mit Bürgern, die um Hilfe bitten, ins Gespräch zu kommen. Die BI Abwasser ist uns sehr dankbar. (Im Übrigen war unsere Fraktion die einzige die reagiert hat).

Ich wünschte mir das auch bei der Müllproblematik, wo uns der Vogtländische Mieterbund angesprochen hat. Marlies Hager vom Mieterbund hat gegenüber Vertretern unserer Stadtratsfraktion im Gespräch geäußert, dass sie auf die geringe Resonanz ihres Briefes enttäuscht ist. Besonders, dass keiner aus dem Vogtlandkreis reagiert hat, obwohl dieses Thema das gesamte Vogtland betrifft und nicht nur die Stadt Plauen.

Petra Rank - Plauen

ZIEL ERREICHT!!

Die erste Europäische Bürgerinitiative „right2water“ hat mit 1,85 Mio. Unterschriften ihr Ziel erfolgreich beendet.

Mit dem Titel „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht - Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware“ wurde diese Initiative europaweit online gestartet.

13 EU - Mitgliedsländer haben sich daran beteiligt und damit zum Erfolg beigetragen. Allein aus Deutschland kommen 1,3 Mio Unterschriften! In der Initiative wird die EU-Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlages aufgefordert, der das Menschenrecht auf Wasser und die sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Außerdem wird gefordert, dass die Wasserversorgung und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden, d. h. die Wasserwirtschaft von Liberalisierungen grundsätzlich ausgeschlossen wird.

Nun müssen in den jeweiligen Mitgliedstaaten von den nationalen Behörden die Unterschriften auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden. Dies muss in spätestens drei Monaten erfolgt sein. Dann hat die EU-Kommission wiederum drei Monate Zeit zu reagieren. Sie muss sich mit dem Thema befassen und eine formelle Antwort geben. Ebenfalls erfolgt eine Anhörung im Parlament.

Ihr seht, Widerstand lohnt sich, auch in der EU!

Karin Höfer - Reichenbach



© right2water

MODERN, ABER ARM

das Gesundheitswesen auf dem Prüfstand

Stell' Dir vor, Du krümmst Dich vor Rückenschmerzen oder Du benötigst ein Bett in der Palliativstation.

Ein MRT als ambulanter Patient ist Dir in Rodewisch verwehrt. Die Station zur Betreuung Schwerstkranker kann Dich wegen Überfüllung nicht aufnehmen. Also lange Wege gehen und Wartezeiten unter Schmerz ertragen bzw. zu Hause mit einigermaßen Pflege dem Ende entgegensehen!

Was ist das für ein Gesundheitswesen, welches sich nach globalen Statistiken orientiert und nicht nach der Praxis, als Maß aller Dinge?

- MRT- Geräte haben wir genug,
- bei Kinderärzten haben wir Überschuss,
- steigende Operationen wegen der Vergütung
- damit werden z.B. alle Wirbelsäulenoperierten über einen Kamm geschert,
- Notstand bei den Notärzten,
- monatelange Wartezeiten bei Fachärzten, oder gleich eine Annahmeverweigerung,
- um arbeiten zu können, steht die Nachtdialyse zur Verfügung usw.

Wer kurzfristig oder dauerhaft medizinischer Behandlung bedarf, wird viele weitere persönlichen „Erfahrungen“ im ambulanten und zunehmend im stationären Bereich hinzufügen können. Sparen ist auf allen Gebieten notwendig. Kein vernünftiger Mensch wird da widersprechen. Aber nicht auf Kosten der Patienten, der Ärzte, der Schwestern / Pflegern, den vielen medizinischen Dienstleistern.

Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Gesundheit ist schließlich eine gesellschaftliche soziale Aufgabe und keine Sparbüchse. Für einige aber auch profitables Geschäft. Schöne Gebäudehüllen machen sich gut fürs Image. Immer neuere modernste Technik und ihre Nutzung muss den Patienten und medizinisch Tätigen zum Nutzensgereichen. Wie in der materiellen Produktion liegt genau hier das Einsparpotenzial, einschließlich moderner Kommunikationsmethoden und optimierten Handlungsabläufen und Abstimmungen zwischen Allgemein- und Fachärzten,

zwischen Ambulanzen und Krankenhäusern. Nicht bei den Patienten und dem medizinischen Personal!

Wenn es um die Finanzierung geht, schließt diese die Reserven im Versicherungssystem in erster Linie ein.

Warum kürzt die Regierung den Zuschuss für den Krankenkassenfonds? -Warum bezahlen nicht alle Bürger nach ihrem gesamten Einkommen Krankenversicherungsbeiträge? Warum will die führende politische Klasse nicht erkennen, dass das Fallpauschalensystem zu Fehlanreizen in den Krankenhäusern führt? Warum haben wir so viele Krankenversicherungen und dazu noch gesetzliche und private? Lohnt es sich nicht, über eine Bürgerversicherung für alle nachzudenken? Ach ja, die Verbraucherschützer zeigen den „Ausweg“.

Unsere Rechte müssen wir kennen und nutzen!

Wenn die Krankenkasse knausert bei ärztlichen Attesten, diese hunderttausendfach vom Medizinischen Dienst abgelehnt werden, dann gehen wir in Widerspruch, zugleich zum Sozialgericht, um einen einstweiligen Rechtsschutz im Schnellverfahren zu erhalten, weil die Bearbeitung des Widerspruchs zu lange dauert. Letztlich bleibt dann als Trost noch der Weg der Klage.

Arme wertvolle Zeit, armes benötigtes Geld - bedauernswerte Patienten und deren Helfern.

Mir gefällt da ein Wahlwerbepplakat als Ausweg: Zwei - Klassen - Medizin abschaffen!

Vieles lies' sich damit bereits lösen.

Hans-Joachim Döhn - Auerbach

FARBANSCHLAG AUF PLAUENER LINKEN-BÜRO

In der Nacht zum Sonntag (01.09.) wurde das Türschild, sowie das Klingelschild der Kreisgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Vogtland mit schwarzer Farbe besprüht.

In der gleichen Nacht gab es weitere Farbanschläge in der Stadt, unter anderem auf das Asylbewerberheim in der Pausaer Straße und auf das Islamische Zentrum. Dort wurde ebenso ein Wahlplakat der Partei herunter gerissen.

Die zumeist eindeutig rechtsextreme Botschaften, welche mit schwarzer Sprühfarbe hinterlassen wurden, sind eine Fortsetzung der rechtsextremistischer Schmierereien im Vogtland. Erst letzte Woche musste der Staatsschutz Ermittlungen in Oelsnitz/Vogtl. aufnehmen.

"DIE LINKE im Vogtland fordert die Bürgerinnen und Bürger des Vogtlandes und die politischen Verantwortlichen auf, sich aktiver am Kampf gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen. Besonders,

dass diese Anschläge in der Nacht des Weltfriedenstages passierten, zeigt noch mehr die Ideologie der Verursacher." so LINKEN Kreisvorsitzende Jantina Pfau.



STAATSREGIERUNG VERWEHRT DEN FLUTOPFERN HILFE

Die sächsischen Flutopfer bekommen nach Kabinettsbeschluss vom August 2013 keine Unterstützung für die Ersetzung ihres Hausrates. Als Begründung wird ins Feld geführt, dass man in der Regel versichert sei gegen solcherlei Schäden. Dabei weiß die Staatsregierung genau, dass in besonders hochwassergefährdeten keine Assekuranz einen Versicherungsschutz übernimmt.

Wenn man die Nachwehen der Fluten in Sachsen in den letzten Jahren genau beobachtet hätte, dann wüssten Staatsminister Beermann und seine Kollegen, dass Versicherungen in Größenordnung Verträge gekündigt bzw. abgeändert haben, nach der Schadensregulierung bei vorangegangenen Hochwassern. Nur diejenigen, die sich Versicherungsaufschläge leisten können sind mithin versichert. Es ist schlimm genug, dass zig tausend Menschen in Sachsen binnen weniger Monate oder Jahre zwei Mal bei Null anfangen müssen. Ihnen dann noch Hilfe zu versagen, ist einfach schäbig in einem reichen Bundesland wie Sachsen. Die Krönung ist die vordergründige Befürchtung des Betrugers. Damit stellt man alle Geschädigten unter einem Generalverdacht. Eine boddenlose Frechheit!

Mylau, sind die Flutopfer von der restriktiven Spar-, um nicht zu sagen Geizhalspolitik des Freistaates betroffen. " Während die Landesregierung in Dresden versuche, selbst bei den Kosten des Hochwassers zu sparen, handle Erfurt im Sinne der betroffenen Menschen und zeigt dass es auch anders geht, denn nur wenige Kilometer von Mylau die Göltzsch hinunter im Thüringischen Greiz werden die Schäden ersetzt.

Der Gipfel ist, dass unser gewählter Volksvertreter der CDU Alfons Kienzle, wie schon so oft, der Staatsregierung in unverbrüchlicher Vasallentreue recht gibt. Sein Satz: „Es gab ja auch viele Spenden“ setzt dem ganzen die Krone auf. Die solidarische Hilfe unserer Mitbürger für die Flutgeschädigten als Versagungsgrund für zustehende staatliche Hilfe anzuführen ist das Zynischste, was ich in den letzten Jahren lesen musste (Quelle: FP Red. Reichenbach v. 5.9.2013)

Wieder einmal zeigt sich, dass die sächsische Landesregierung und leider auch unsere CDU Landtagsabgeordneten in ihrer eigenen Welt leben und Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist traurig für eine Regierung, wenn sie sich so weit von den Menschen entfernt hat.

Hieran sehen wir auch, dass es auch nach der Bundestagswahl eine starke LINKE braucht, weil diese den Finger in die Wunde legen wird. Einmal mehr hat die CDU Versprechungen gemacht, die sie jetzt nicht mehr halten will. Und es war ein ausdrückliches Versprechen der Landesregierung gegenüber den Flutopfern, den Zeitwert des verlorenen Hausrates zu ersetzen und jetzt ist das Gegenteil der Fall. Und wiederum handelt es sich um eine Lex Sachsen. Ein Alleingang, denn Sachsen ist die einzige unrühmliche Ausnahme. In allen anderen Bundesländern wird den Flutopfern auch bei der Ersetzung ihres verlorenen Hausrates Unterstützung gewährt. Es ist immerhin Geld, das der Bund den Ländern für die Flutschäden bereitstellt, dass der Freistaat nach Gutsherrenart ausgibt oder auch nicht!

Ich frage mich, was das „C“, das für christlich in ihre Parteinamen stehen soll, dort noch zu suchen hat.

.Hoffentlich merken sich die Bürger dies bis zur Landtagswahl 2014 und zeigen den rücksichtslos regierenden Parteien die rote Karte, denn: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ (Berthold Brecht)

Auch in unserem Vogtland, besonders

Dieter Riedler - Leubnitz

VON EINEM, DER DAS GROBE BEGANN, GEWANN, VERLOR

Vor 80 Jahren, am 16. September 1933, wurde die Leiche von Max Hoelz in der Oka, einem Nebenfluss der Wolga, gefunden. Die Moskauer Prawda schrieb: „Am 15. September, abends, ertrank bei einer Bootsfahrt auf dem Okafluß oberhalb der Kawawinobrücke in Gorki Max Hölz.“ Am 18. September 1933 wurde berichtet: „Gestern fand die Bestattung von Max Hölz statt. Seine Leiche war im Gewerkschaftshaus aufgebahrt. Unter den Klängen des Trauermarsches trugen Andre Marty, Fritz Heckert, der Sekretär des Gorkier Gebietspartei Komitees, Schdanow u.a. den Sarg aus dem Gewerkschaftshaus. Am Trauerzuge nahmen große Kolonnen der Werktätigen Gorkis teil. Am Grabe sprachen im Namen des ZK der KPD Heckert, und im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale Marty.“

Was war geschehen? Wer war Max Hoelz, dass sein Tod so großes Aufsehen erregte? Wie kam er zu Tode?

Hoelz lebte seit 1912 in Falkenstein, war von 1914 bis 1918 Kriegsfreiwilliger bei den Sächsischen Königshusaren und gehörte im Februar 1919 zu den Gründern der Kommunistischen Partei im Vogtland. Von April bis Juni 1919 wird unter seiner Führung in Falkenstein ein „Gerechtigkeitsregime“ eingerichtet; man nimmt den Reichen, um den Armen zu geben. Hoelz wird steckbrieflich gesucht, kann aber entkommen.

Im März 1920 erscheint Max Hoelz wieder in Falkenstein und organisiert eine „Rote Garde“ gegen die Kapp-Putschisten, welche die junge Weimarer Republik stürzen wollten. Auch nach Beendigung des Generalstreiks durch die Gewerkschaften und Arbeiterparteien legen die „Hoelz-Gardisten“ die Waffen nicht aus der Hand, weil sie an eine Fortsetzung und Vollendung der deutschen Novemberrevolution glauben. Vor der anrückenden Reichswehr ziehen sich die bewaffneten Arbeiter zur tschechischen Grenze nach Klingenthal zurück, wo sich ihre Formationen auflösen. Hoelz taucht wieder unter, um ein Jahr später im Mansfeldischen plötzlich zu erscheinen und die empörten Arbeiter dort gegen eine Polizeiprovokation anzuführen. Ei-

ne Woche lang führt er mit seiner „Roten Armee“ einen Partisanenkrieg gegen Sicherheitspolizei und Reichswehr.



Am 22. Juni 1921 wird Max Hoelz von einem Sondergericht in Berlin-Moabit zu lebenslänglichen Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Er beginnt seine Strafe in Münster / Westfalen, kommt ein Jahr später in das Zuchthaus Breslau-Kletzschkau und setzt sie in Groß-Strehlitz und Sonnenburg fort. Durch seine mutigen, aber auch eigenwilligen Aktionen wurde er in ganz Deutschland bekannt. Die Rote Hilfe Deutschland erhob ihn zur Symbolfigur für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen, gab Spendenmarken und Postkarten mit seinem Bildnis heraus. Erich Mühsam schrieb eine vielbeachtete Broschüre „Gerechtigkeit für Max Hoelz“, und in Sowjetrußland wurde er in die Stadt-sowjets von Moskau und Petrograd gewählt, zum Mitglied einer Kavallerieabteilung der Roten Armee ernannt und mit dem Rotbannerorden ausgezeichnet. Ein „Neutrales Komitee für Max Hoelz“, dem namhaften Wissenschaftler, Künstler und Geistesschaffende angehören, erreicht, dass Hoelz im Juli 1927 auf freien Fuß gesetzt wird.

Nach einer Agitationsreise quer durch Deutschland geht Max Hoelz in die Sowjetunion, um dort beim Aufbau des Sozialismus zu helfen. Ihm widerfahren große Ehren: Betriebe, Schulen, Schiffe, Kolchosen tragen seinen Namen. Bald aber macht er Erfahrungen mit Schlamperei, Bürokratie, Vetterwirtschaft, Schiebereien, die in seinen Augen das Voranschreiten des Sozialismus bremsen. Er prangert solche Mißstände öffentlich an, was ihm nicht nur Freunde einbringt. Nach Ausein-

andersetzungen mit Parteistellen in Moskau geht er unter falschem Namen als Martin Hammer nach Gorki (Nishni Nowgorod) auf ein Volksgut, wo er arbeiten und sich erholen will. Bereits eine Woche nach seiner Ankunft ereilt ihn der Tod.

Freund wie Feind rätselten, wie der gerade 44 jährige Hoelz ertrunken sein kann. Er war doch so ein guter Schwimmer. Ein ehemaliger hoher sowjetischer Staatsfunktionär, der zu den Nazis übergelaufen war, berichtete 1938 in einem Buch, dass er Zeugen gefunden habe, die berichteten, Hoelz sei in einem Boot auf dem Fluss erschlagen und dann ertränkt worden. Hämisch schrieb darauf die NS-Tageszeitung: „So starb Mordbrenner Hölz. Wer vom Juden ißt, stirbt daran.“ 1993 berichtete der Hoelz-Biograf Manfred Gebhardt, dass nun der Name eines ehemaligen Geheimpolizisten bekannt geworden sei, der Hoelz erschlagen und mit einem Boot auf dem Fluss ausgesetzt habe. Dieser Mann geriet später in die Mühlen des Stalinschen Terrors und kam um. Und schließlich schreibt der Dokumentarist Dr. Günter Jordan im Begleitheft zu dem bei ICESTORM wieder erschienenen Film „Wolz, Leben und Verklärung eines deutschen Anarchisten“, dass der Chef der sowjetischen Geheimpolizei in Gorki, Matwej Pogrebinski, Hoelz mit dem Knauf seines kiloschweren Nagans erschlagen habe und ihn dann in die Oka geworfen hat.

Max Hoelz, der Held revolutionärer Kämpfe der deutschen Nachkriegsjahre, der eigenwillige, eigensinnige Kommunist, der sich keiner Parteidisziplin beugte, war zum Störfaktor im sich entwickelnden Staatssozialismus geworden. Dass sein Name, sein Ruf noch 80 Jahre nach seinem Tod lebendig bleibt, ist seinem Wesen geschuldet. Er dachte das Mögliche von Übermorgen und handelte danach - mit Phantasie, mit Witz, mit dem Mut persönlicher Verantwortung. Von ihm kann mit Hölderlin gesagt werden: Wir, so gut es ging, haben das Unsere getan.

*Peter Giersich - Auerbach/Vogtland
(zum 80. Todestag am 15.09.2013)*

Freundeskreis Max Hoelz e.V.
lädt ein:
16.10.2013, 17:00 Uhr
Auerbach, Nicolaikirche
Filmforum mit Prof. Günter
Reisch und
seinem Film:
WOLZ Leben und Verklärung
eines deutschen Anarchisten

**HARTZ IV REICHT NICHT
FÜR STROM UND
LEBENSMITTEL - UND
ANDERE PROBLEME**
- ungewöhnlich hohe
Preissteigerungen und ihre Folgen
nicht nur für Hartz IV-Betroffene

Regelleistung jetzt auch für die
Wahrnehmung des
Umgangsrechts

Betriebskostennachforderungen -
Fälligkeitsdatum und
Angemessenheitsgrenze

Wir laden Sie für den
21. Oktober 2013 von 18.00 Uhr
bis 19.30 Uhr
in den Klubraum der Auerbacher
AWG
Eisenbahnstr. 32
(Wohnblock hinter der
Geschäftsstelle der AWG im
Auerbacher Neubaugebiet)
zum Bürgerforum ein.

Es informieren
Dagmar Baumgärtel, DGB-
Kreisverbandsvorsitzende
Vogtland, und weitere Vertreter
des Sozialforums Göltzschtal

**VERBOTEN
VERFOLGT
VERGESSEN**

Die Verfolgung der politi-
schen Opposition in der Ade-
nauerzeit Ein Film von Daniel
Burkholz

Bereits kurz nach Ende des 2. Welt-
kriegs begann der Kalte Krieg. Die
Bundesregierung unter Kanzler Ade-
nauer plante schon 1950 den Auf-
bau einer Armee. Gegen dieses
Vorhaben gab es in der Bevölkerung
große Proteste. Die Regierung Ade-
nauer reagierte schnell. Innerhalb
weniger Wochen wurde ein politi-
sches Strafrecht eingeführt, das sei-
ne Wurzeln im Strafrecht der Nazizeit
hatte. Alle Bürgerinnen und Bürger,
die gegen die Wiederbewaffnung oder
für die Wiedervereinigung waren, gal-
ten als Staatsfeinde. Über 200.000
Menschen wurden politisch verfolgt
- häufig von Polizisten, Staatsanwäl-
ten oder Richtern, die ihr Handwerk
noch in der Nazizeit gelernt hatten -
und ca. 10.000 von ihnen wurden zu
Gefängnisstrafen verurteilt. Erstmals
in der Geschichte der Bundesrepub-
lik wurde eine große außerparla-
mentarische Bewegung zerschlagen.
Eine Weichenstellung, die die politi-
schen Verhältnisse bis heute belastet.

**Samstag, 19. Oktober 2013
um 17 Uhr im Nebenzimmer
der Gaststätte „Meinel`s Bas“,
95028 Hof, Vorstadt 13**

VVN-BdA Hof und RLS Bayern
Laden ein.

**AUS DEM
KREISVOSTAND**

Wahl, Wahl, Wahl, wäre die Kurzzu-
sammenfassung der Kreisvorstands-
sitzung im September.

Neben der Bundestagswahl waren
noch einige Beschlüsse bzgl. der
Freistellung von GenossInnen nötig.

Der Blick wurde auch schon auf die
kommenden Wahlen gerichtet. Mit
der Feststellung, dass wir uns jetzt
um die Kandidatinnen und Kandi-
daten für die Kommunalwahl küm-
mern müssen. Wer Lust hat zu
kandidieren meldet sich bitte beim
Kreisvorstand.

Auch weist der Kreisvorstand dar-
auf hin, dass noch vor Jahresende
eine Kreismittgliederversammlung
stattfinden wird. Bei dieser KMV
sollen die ersten Themen für das
Kreistagswahlprogramm gesammelt
sowie die Delegierten für den Bun-
desparteitag und weitere Mandate
und Ämter gewählt werden.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland
der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im
Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der
Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustel-
lung kann erfolgen gegen einen Unkostenbei-
trag und Erstattung der Portokosten (gesamt
2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogt-
land, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390,
Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwen-
dungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209
Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail:
vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss
dieser Ausgabe: 20.09.2013, Redaktionss-
chluss der nächsten Ausgabe: 18.10.2013.
Die nächste Ausgabe erscheint am 04.11.2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die
Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinn-
während zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild
oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe
ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten.
V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.



**NEUES
WAHLPROGRAMM**

Die Stadtratsfraktion in Plauen er-
arbeitet derzeit ein neues Kommunal-
wahlprogramm.

Sie würden sich sehr freuen, wenn
ihr Ideen und Hinweise habt, was
unbedingt mit ins Wahlprogramm
für die Stadt Plauen aufgenommen
werden soll.